

Klinterklater

Braunschweig

Nr. 1/2006

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

April 2006

Große Mehrheit für Dr. Friedhelm Possemeyer

Jetzt ist es offiziell: Dr. Friedhelm Possemeyer ist bei der Kommunalwahl am 10. September der Kandidat der SPD für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Braunschweig. Wie es das Wahlgesetz verlangt, wurde er von den Delegierten der Wahlkreis-Konferenz in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der Stimmen gewählt. Die überwältigende Mehrheit - von den 79 Delegierten stimmten 78 für Possemeyer - empfand nicht nur er als überzeugenden Vertrauensbeweis. Die SPD-Unterbezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann wertete dieses Ergebnis als verheißungsvolles Vorzeichen für den kommenden harten Wahlkampf.

Zunächst würdigte Hinnerk Tegtmeier, der Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Velbert, in seinem Grußwort die Arbeit Dr. Possemeyers in der 90 000-Einwohner-Stadt in Nordrhein-Westfalen. Hier leitet Possemeyer die Schulverwaltung, die Kulturverwaltung und das Sportdezernat. Besonders würdigte er Possemeyers Leistung, alle 18 Grundschulen der Stadt binnen zwei Jahren in Ganztagschulen umgewandelt zu haben - eine Leistung, von der Braunschweiger Eltern und Schulkinder bisher nur träumen können.

Ulrich Mädge, Oberbürgermeister in Lüneburg und Präsident des Niedersächsischen Städtetages, setzte sich in seinem Beitrag vor allem mit der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden in Niedersachsen auseinander. CDU-OB Dr. Hoffmann hätten die Ohren geklungen, als sein Amtskollege aus Lüneburg mit der fatalen Sucht mancher Stadtoberhäupter abrechnete, noch schnell vor Inkrafttreten der kaufmännischen Buchführung Vermögenswerte zu verschleiern, um mit einmaligen Einnahmen laufende Ausgaben zu decken - ein Verhalten, das desto sicherer zum finanziellen Zusammenbruch führe.

Die Visionen des Kandidaten

Die mit Spannung erwartete Bewerbungsrede des Kandidaten überzeugte die Versammlung. Wer geglaubt hatte, Friedhelm Possemeyer werde mit wütenden Angriffen



Freuten sich über das großartige Ergebnis: Die SPD Vorsitzende Dr. Carola Reimann (MdB) überreichte dem frisch gewählten Kandidaten Dr. Friedhelm Possemeyer diesen Blumenstrauß.
Foto: Alexander Gräbner

gegen den Amtsinhaber Dr. Hoffmann bei den Delegierten zu punkten versuchen, sah sich getäuscht. Stattdessen entwarf er ein Bild Braunschweigs im Jahre 2021, wie sich diese Stadt bei konsequenter, am Wohl der Bürgerinnen und Bürger orientierter Kommunalpolitik entwickeln könnte: Abbau der Arbeitslosigkeit, Lehrstellen für Schulabgänger, ein vielfältiges Betreuungsangebot für Kinder, bessere Schulen und ein Miteinander der Generationen bei Wohnen und Freizeit.

Das sind Ziele, bei denen die Stadt durch konsequente Politik „vor Ort“ viel erreichen kann. Diese Vision begeisterte die Anwesenden und trug wesentlich zu dem „Traumergebnis“ von 98,7% bei der Abstimmung über den Kandidaten bei.

„Finanzgenie oder Scharlatan?“

auf Seite 3

Wahlprogramm und Kandidatenlisten

■ Die Wahl des Oberbürgermeisterkandidaten stand im Vordergrund. Die übrigen Ergebnisse der Konferenz sind für die künftige Politik in Braunschweig fast ebenso wichtig.

Die SPD verabschiedete ihr „Leitbild für Braunschweig“. Sie hatte in einer Reihe von Veranstaltungen im Dialog mit den Bürgern Braunschweigs deren Wünsche und Vorstellungen erfragt und Perspektiven entwickelt. Schließlich heißt Demokratie nicht, dass die gewählten Politiker von oben herab bestimmen, was für die Bürger richtig ist. Demokratie bedeutet nicht nur Politik für die Bürger, sondern vor allem mit den Bürgern. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ heißt es im Grundgesetz – und nicht von Regierenden oder von einem Oberbürgermeister.

Die Konferenz bestimmte auch die sozialdemokratischen Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt. Hier setzte der Parteitag ein Zeichen: Am Ende einer Wahlperiode müssen Mandatsträger erneut um Zustimmung werben – sowohl bei den Wählerinnen und Wählern als auch vorher bei der Nominierung durch ihre Partei. Es gibt also keinen Anspruch für alte Ratsmitglieder auf einen sicheren Listenplatz. Schon jetzt zeigt sich, dass unabhängig vom Wahlausgang dem Rat künftig viele neue Mitglieder angehören werden.

Kommentar

■ *Wie ein roter Faden zog es sich durch die gesamte Wahlkreis-Konferenz: der Unterschied zwischen der Art des Amtsinhabers, mit den Menschen umzugehen, und der des Herausforderers. Hier die Arroganz der Macht: Willkommen ist nur die bedingungslose Zustimmung, die Unterordnung. Verpönt sind eigene Meinungen und kritische Distanz. Und wer eine andere Meinung hat, ist kein Gesprächspartner, sondern ein Feind, den man persönlich angreifen und diskreditieren darf und den man bekämpfen oder verklagen muss.*

Dagegen Dr. Possemeyer: Ein Mann von hohem Sachverstand. Dieser Sachverstand verleiht ihm Gelassenheit und Sicherheit, die nötig ist, wenn man anderen geduldig zuhört, Argumente aufgreift und Gesprächspartner auch dann respektiert, wenn sie anderer Meinung sind. Nur so kann man Menschen motivieren, sich einzubringen und zu helfen, eine Sache voranzubringen. Das ist Führungskraft in einer Welt, die zu komplex ist, als dass einer allein alles zu wissen und zu können glaubt. Dieser Führungsstil muss wieder in das Braunschweiger Rathaus einkehren.

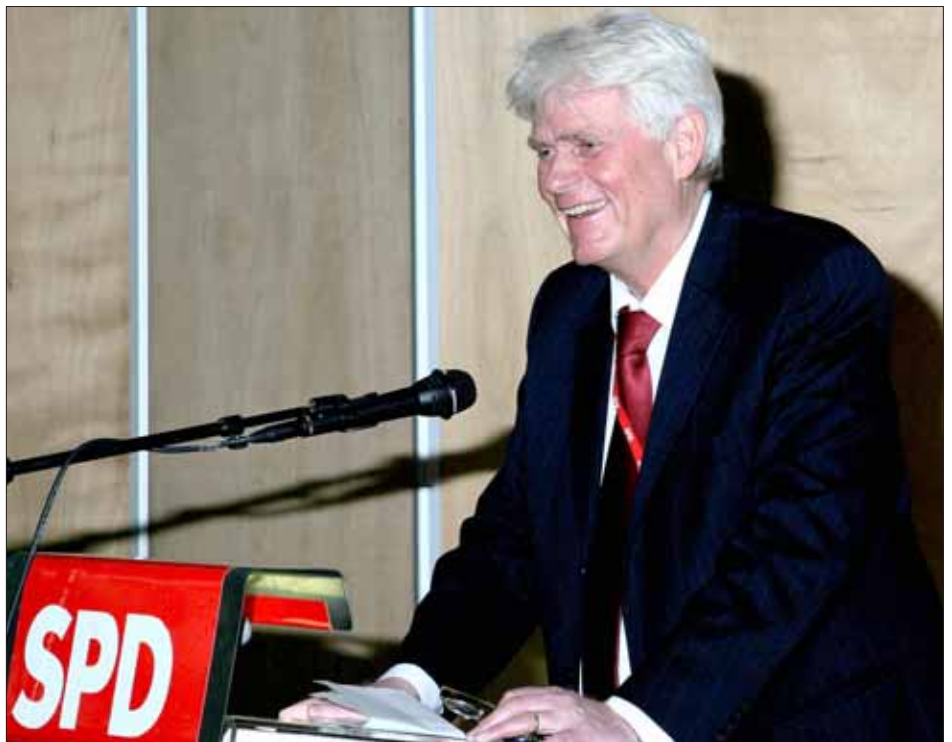
Harlem Globetrotters und Hinnerk Tegtmeier

■ Eigentlich denkt sich der unbefangene Leser, dass eine Zeitung, insbesondere eine Lokalzeitung, über alles berichtet, was in einer Stadt so passiert und wissenswert ist. Offensichtlich geht es aber auch anders.

Man nehme zum Beispiel die Braunschweiger Zeitung. Da findet in der Volkswagenhalle eine Veranstaltung der weltberühmten „Harlem Globetrotters“ statt. Über 4500 Besucher aus Stadt und Region, darunter sehr viele Kinder, lassen es sich nicht nehmen, Sonntagnachmittags zur Volkswagenhalle zu strömen, um diesen Basketballern bei ihrer Show zuzujubeln. Und was können sie am

zum Oberbürgermeisterkandidaten. Darüber berichtete die Braunschweiger Zeitung auch. Aber ist es wirklich nicht erwähnenswert, dass an dieser Veranstaltung auch der Lüneburger Oberbürgermeister Ulrich Mäde teilgenommen hat? Und dass sich dieser – immerhin auch Präsident des Niedersächsischen Städtetages – in seinem Grußwort äußerst kritisch mit der Politik mancher Kommunen – so auch Braunschweigs – auseinandersetzte, Vermögenswerte zu verkaufen, um kurzfristig den Haushalt zu sanieren?

Außerdem nahm an der Konferenz auch eine SPD-Delegation aus der Stadt Velbert teil,



Hinnerk Tegtmeier aus Velbert berichtete über die erfolgreiche Arbeit Friedhelm Possemeyers in seiner Stadt.
Foto: Alexander Gräbner

nächsten Tag in „ihrer“ Zeitung lesen? Gar nichts. Die kurze Erklärung: Die Globetrotters wollten den Fotografen der Zeitung keine Bilder machen lassen. Kein feiner Zug, aber bei kommerziellen Veranstaltungen nicht unüblich. Und daraufhin beschloss die Zeitung, dann gar keinen Bericht über den Verlauf der Veranstaltung zu bringen. Und das war – zumindest aus Sicht der Besucher – genau so wenig ein feiner Zug.

Oder da ist die Wahlkreis-Konferenz der SPD. Dort fallen wichtige Entscheidungen – so auch über die Nominierung Dr. Possemeyers

der Stadt, in der Dr. Possemeyer derzeit als Dezernent wirkt. Und der Leiter der Delegation, SPD-Stadtverbandsvorsitzender Hinnerk Tegtmeier, erklärte seinen Braunschweiger Parteifreunden, wie hoch die Velberter die Kompetenz und den Sachverstand Dr. Possemeyers einschätzen und wie sehr sie es bedauern, dass er nach Braunschweig wechseln will. Man sollte schon glauben, dass dieses Zeugnis von der jetzigen Wirkungsstätte Dr. Possemeyers auch für die Braunschweiger interessant wäre.

Für die BZ war dies nicht berichtenswert – Schade!

Dr. Friedhelm Possemeyer – Zur Person

- 1959 in Emsdetten geboren
- 1979 Abitur am Gymnasium Martinum in Emsdetten
- 1979 - 1980 Bundeswehr (Grundwehrdienst)
- 1980 Studium der Politik- und Rechtswissenschaften in Münster
- 1988 - 1990 Rechtsreferendar am Landgericht Detmold
- 1991 Dissertation: „Die Reform der Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen“
- 1991 (Juni) Promotion zum Dr. phil.
- 1991 (Sept.) Regierungsrat im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt



Dr. Friedhelm Possemeyer (46), nach seiner Nominierung zum Oberbürgermeisterkandidaten der SPD. Foto: A. Gräßner

- 1992 Leiter des Dezernates für Verkehrswesen bei der Bezirksregierung Magdeburg
- 1993 Ernennung zum Oberregierungsrat
- 1993 Referent für kommunale Neugliederung des Innenministeriums Sachsen-Anhalts
- 01.10.1993 Ernennung zum Ersten Stadtrat der Stadt Helmstedt
- seit 1999 Beigeordneter der Stadt Velbert (90 000 Einwohner), Dezernent für Schule, Sport, Kultur, Recht und Ordnung.
- Seit 2003 in zweiter Ehe verheiratet mit Ehefrau Ute

Finanzgenie oder Scharlatan?

■ CDU-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann hat zwar erst kürzlich bekanntgegeben, dass er sich bei der Kommunalwahl im September zur Wiederwahl stellt, aber den Wahlkampf hatte er offensichtlich schon lange vorher begonnen: Flächendeckend „informierte“ die Stadtverwaltung mit einer kleinen von der städtischen Pressestelle gefertigten Broschüre über den Haushalt 2006 und die städtischen Finanzen. Und selbstverständlich ist dieses Heftchen des Lobes voll über die städtische Finanzpolitik der letzten Jahre.

So wird zunächst die Situation des Jahres 2001 in düsteren Farben geschildert. Ein riesiger Schuldenberg hätte sich aufgetürmt, die Ausgaben wären viel höher gewesen als die Einnahmen, die Zinsbelastung gewaltig und keine Besserung in Sicht.

Und dann sei mit OB Hoffmann alles besser geworden. Angeblich wurde gespart, Schulden wurden abgebaut, und jetzt wäre die Stadt wieder handlungsfähig und investiere ohne Neuverschuldung in städtisches Vermögen. Und um das zu erreichen, wäre auch nur „ein ganz geringer Teil des städtischen Vermögens veräußert worden“ – so ist hier tatsächlich wörtlich zu lesen. Ein wahres Wunder also?

Nun sind Wunder auch in der Politik äußerst selten. Die rauhe Wirklichkeit ist auch hier wenig wundersam. Eines ist richtig: Die Schulden der Stadt betrugen im Jahre 2001 etwa 468,7 Millionen Euro, nach der Broschüre Ende 2005 noch 216,4 Millionen Euro. Schon das ist merkwürdig: noch im Novem-

ber 2005 bezifferte die Stadtverwaltung den Schuldenstand zum Jahresende mit 242 Millionen Euro. Aber sei's drum: der Schuldenabbau betrug also etwa 252 Millionen Euro. Recht beeindruckend, könnte man meinen. Aber: Wie sieht es mit der „ganz geringen Veräußerung städtischen Vermögens“ in der gleichen Zeit aus? Es wurden verkauft:

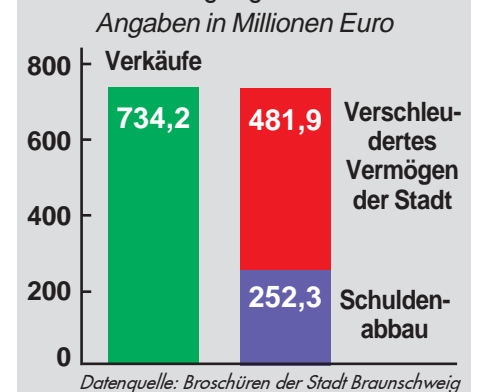
- ▶ Aktien der Braunschweiger Versorgungs-AG für 425 Millionen Euro
- ▶ Anteile an der GWK Wohnungsbau AG für 12,1 Millionen Euro
- ▶ Anteile an der Deutschen Städte-Medien-GmbH für 4,6 Millionen Euro
- ▶ Anteile an der Nibelungen-Wohnungsbau-AG für 49 Millionen Euro
- ▶ das Seniorenzentrum „In den Rosenäckern“ für 5,5 Millionen Euro
- ▶ die Stadtentwässerung für 238 Mio. Euro

Insgesamt wurde so „ganz geringes städtisches Vermögen“ im Umfang von 734,2 Millionen Euro verkauft, also um etwa 482 Millionen Euro mehr, als Schulden abgebaut wurden. Das ist keine Haushaltssanierung, sondern Verschleuderung von Vermögen, das der Stadt, also uns allen gehörte!

Ob damit jetzt wenigstens Schluss sein soll, geht aus dem Heftchen nicht hervor. Immerhin wird beinahe drohend darauf verwiesen, dass andere Städte auch ihre Wohnungen und Krankenhäuser verkauft hätten.

Offensichtlich will sich CDU-OB Dr. Hoffmann mit dieser einseitigen Propagandaschrift hinsichtlich des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes als Haushaltssanierer darstel-

Trotz hoher Einnahmen seit 2002 wurden Schulden bis Ende 2005 nur etwa zur Hälfte getilgt.



len. Um das zu verschleiern und dem Heftchen den Anstrich der Seriosität zu geben, werden die Vorsitzenden der Ratsfraktionen auf der letzten Seite der Schrift als Ansprechpartner zu Haushaltsthemen genannt - übrigens ungefragt, wie SPD und die Grünen auf Anfrage bestätigten. Mit Sicherheit hätten diese Oppositionsparteien sonst gern ihre eigenen Argumente zu den städtischen Finanzen in dieser Schrift wiedergefunden!

Zum Schluss noch eine andere Rechnung: Das Heft erschien – nach Angaben der Pressestelle – in einer Auflage von 120 000 Exemplaren. Einschließlich der Kosten der Zustellung dürfte die Broschüre Gesamtkosten von mindestens 50 000 Euro verursacht haben. Dieses Geld hätte CDU-OB Dr. Hoffmann auch sinnvoller ausgeben können!

„Bürgerwehr“ im Heidberg ist nicht die Lösung der Unterversorgung

■ Mit Empörung haben die Bürgerinnen und Bürger des Heidbergs auf den Vorschlag des niedersächsischen Innenministers Schünemann (CDU) reagiert, in diesem Braunschweiger Stadtteil sogenannte „Bürgerstreifen“ einzurichten. Hintergrund: Seit der sogenannten „Polizei-reform“ im Januar 2005 hat die Landesregierung in Braunschweig rund 100 Polizeiplanstellen eingespart. Das hatte natürlich erhebliche Kürzungen in der Polizeipräsenz zur Folge. So wurde das Polizeikommissariat Heidberg nachts geschlossen, und dagegen wandte sich der Bürgerverein Heidberg mit einer Eingabe an den Landtag.

„Es ist skandalös genug, dass die Braunschweiger CDU-Landtagsabgeordneten gegen diese Eingabe gestimmt haben“, so Klaus-Peter Bachmann, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Hannover. „Dass Innenminister Schünemann jetzt Bürgerstreifen als Ersatz für ausfallende Funkstreifenwagen und Kontaktbeamte vorschlägt, ist unverantwortlich.“ Das Land spare an der Sicherheit, und die Mehrkosten müsse die Stadt tragen, ohne dass dabei ein Gewinn an Sicherheit gewährleistet sei. Offensichtlich versuche Schünemann, seine umstrittenen „Bürgerwehren“ jetzt durch die Hintertür in Niedersachsen einzuführen. Bach-



Foto: A. Gräßner

Klaus-Peter Bachmann Mdl ist seit Jahren auf „Tuchfühlung“ mit der Braunschweiger Polizei und hat sich oft für deren Belange eingesetzt. Zur kommenden Kommunalwahl kandidiert er als Bürgermeister in Wolfenbüttel.

mann: „Es bedarf keiner „Truppe“, die Scheinsicherheit vorgaukelt und selbst auch noch unkalkulierbaren Gefahren ausgesetzt wird. Statt dessen muss wieder eine angemessene polizeiliche Versorgung in der gesamten Stadt gewährleistet werden, vor allem nachts.“

Bürgerbeteiligung soll in Braunschweig vorbildlich werden

■ Braunschweig hat einen gewaltigen Nachholbedarf in Sachen Bürgerbeteiligung. Nichts ist in den letzten fünf Jahren unter OB Hoffmann so sehr auf der Strecke geblieben wie die demokratischen Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger. Dabei lebt gerade eine Stadt wie Braunschweig davon, dass Menschen sich engagieren und sich für ihre Stadt stark machen.

Die Bürger haben sich diese Rechte genommen – man denke nur an das Bürgerbegehren für den Erhalt des Schlossparks oder die zahlreichen anderen Bürgerinitiativen, die sich in den vergangenen Jahren gegründet haben. Sie sind Ausdruck des Willens der Bürger, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten.

Wer, wenn nicht die Bürger, kann am ehesten beurteilen, welche Maßnahmen in ihrem Lebensumfeld sinnvoll sind und welche nicht? Dieses Wissen wird die SPD nutzen und sich klar für mehr Bürgerbeteiligung in Braunschweig einsetzen. Diese darf aber nicht an den Grenzen der Stadtbezirke enden. Wenn – wie im Falle des Schlossparks – Entscheidungen

anstehen, die alle angehen, sollen auch alle zu Wort kommen – sei es im Rahmen einer Bürgerbefragung oder eines Bürgerentscheids.

Dann kann gelingen, was für das politische Handeln einer Stadt wie Braunschweig Leitbild sein sollte: ein bürgerorientiertes Gemeinwesen zu sein, das die Wünsche und Anliegen seiner Bürger ernst nimmt und sie in konkrete Politik umsetzt.

Bürgersprechstunden der SPD-Landtagsabgeordneten

■ Die Bürgersprechstunden finden statt im SPD-Büro in der Schlossstraße 8, 3. OG.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

► **Isolde Saalmann:**

– Montag, 22. Mai von 14 – 15 Uhr

– Montag, 3. Juli von 16 – 17 Uhr

► **Klaus-Peter Bachmann:**

– Donnerstag, 13. April um 14.30 Uhr

– Donnerstag, 15. Juni um 14.30 Uhr

Zukunftspläne II

■ Wissen Sie, was ein „Swing-by-Manöver“ ist? Nein? Bisher war dies ein Begriff aus der Raumfahrt. Man steuert eine Raumsonde in das Schwerefeld eines Himmelskörpers. Dort wird sie beschleunigt und fliegt dann mit hoher Geschwindigkeit in Richtung auf das eigentliche Ziel zu.

CDU-OB Dr. Hoffmann blieb es vorbehalten, diesen Begriff auch in die Politik einzuführen. Offensichtlich wollte er das Oberbürgermeisteramt in Braunschweig zur Swing-by-Beschleunigung für ein wichtiges Amt in Politik oder Wirtschaft nutzen. Und so zierte er sich Monat um Monat vor der Entscheidung, ob er erneut für die CDU als Oberbürgermeisterkandidat ins Rennen gehen würde.

Mit Landesminister war da nichts – erst wollte ihn Ministerpräsident Wulff nicht nach Hannover holen, und dann verdarb das gute Abschneiden der SPD in Sachsen-Anhalt die ersehnte Karriere als Finanzminister in Magdeburg. Trotzig versicherte Dr. Hoffmann daraufhin, das habe er ja auch nie werden wollen. Die Trauben waren wohl zu sauer.

Aber eine Führungsposition in der Wirtschaft – das hätte ihn doch gereizt, wie er mehrfach mitteilte – wohl in der Hoffnung, dass dieses Sehnen auch erhört werde. Und so sagten seine Partei“freunde“ ihm nach, er schliefe nachts bei offenem Fenster, um ja den Ruf auf eine solche Position nicht zu verpassen. Und sie machten sich Sorgen um seine Gesundheit – mit den kalten Märznächten ist nicht zu spaßen, und eine Lungenentzündung kann im gesetzten Alter zu erheblichen Komplikationen führen.

Sie können sich jetzt beruhigt zurücklehnen – auch hier war nichts zu holen, und so bleibt Dr. Hoffmann der CDU als Kandidat erhalten. Und auf einmal hat er seine Liebe für dieses Amt und für diese Stadt wiederentdeckt. Irgendwie peinlich – ihm aber offensichtlich nicht.

Impressum

Klinterklater Braunschweig

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräßner, Sigrid Herrmann, Nicole Palm, Manfred Pedsitschek

Druck: Igel-Druck, Braunschweig

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 45 000

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD